

# Der Gefellschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold  
Nagolder Tagblatt

Gründet 1824

Freitag, den 28. Juni 1920

Redaktions-Zentrale:  
Nagold, am 28. Juni 1920

Verlags-Zentrale:  
Nagold, am 28. Juni 1920

Verkauft an jedem Montag  
12. 12. 1920  
Preis 12. 12. 1920

Nr. 147

Montag den 28. Juni 1920

94. Jahrgang

## Die Wirtschaftskrise

Es frucht in allen Fugen, Kellern, Wäldern werden wieder verloren, alle Böden sind lustlos, die Luft voll von Sorgen. Der Konsum ist still, teils weil er auf wesentlich billigeren Preisen hofft, teils weil er nicht mehr kaufen kann. Fabrikanten, Händler und Arbeiter sitzen auf leeren Lagern, von denen niemand etwas haben will. Was die geringere Klasse betrifft, treffen die hohen Gehälter, Löhne und Lohntoten wieder auf. Die Steuerlasten erdrücken alles Wagnis; die wirtschaftliche Notlage, trotz Beteiligung der Hochverdiener, lähmt den Unternehmungsgeist; die unsichere innerpolitische Lage, dank Versailles, Bernin, R.P.D. und U.S.P.D., macht weitestgehende Dispositionen unmöglich; der Kapitalbedarf wächst ins Ungeheure; Kreditgeben ist absolut notwendig, aber ebenso absolut ausgeschlossen, weil jeder sein Betriebskapital ganz eng zusammenhalten muß; das Ausland hat, trotz aller Anbahnung bis zum letzten, die Grenzen seiner wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit erreicht; die Schieber sind fast ganz abgewandert und nach jeder Richtung hin verproviantiert — und die Regierung speert hermetisch alle Grenzen um das Nötigste zu erhalten. Aber mit bürokratischen Sperrmaßnahmen wird solcher Zweck nicht erreicht.

Wer schuldig ist, schuldig, und wenn noch so viele Köpfe am Rhein liegen. Wer keine Bücher liest — welcher Schieber führt denn Bücher? —, laßt über die schönsten Verhandlungen, die das was ja schon immer so, nur den legalen Wandel treffen, an denen aber, für die sie eigentlich gemüht sind, Spürlos vorübergehen. Der von der Entente loslich abhängige Finanzkommissar in Köln muß bewilligen, wo Berlin abschlägt (Köln sagt also ja und Berlin sagt nein), so daß die Schieber von Berlin nach Köln abwandern, ohne daß die von ihnen drohende Gefahr dadurch etwa geringer würde; die Regierung aber, die als bewachte Vertreterin einseitigster Klasseninteressen und geborene Feindin aller Verhältnisse, die auch nur im geringsten mit dem perfekten Begriff des Nationalen zusammenhängen, wird damit los gewirtschaftet hat, steht erschrocken vor der Tatsache, daß Handel und Wandel trocken und daß die alles inwärtigende Verarmung jetzt auch auf die Kreise übergrift, die als höhere und gesellschaftliche Steuerzahler zwar bisher geschätzt, aber politisch rechtlos gemacht, durch eisernen Fleiß und einen oft 14stündigen, harten Arbeitstag sich über Wasser halten konnten. Sparen ist aus der Mode gekommen. Die einen können es nicht, selbst wenn sie wollten; und die andern, die es könnten, wollen es nicht, weil sie es für Wahnsinn halten, womöglich zugunsten eines kommunistischen Radikalismus Schätze anzuhäufen, aus denen sich nur die Fenster und Wälder der jetzt Sparrenden bereichern werden. Das feine Volk benutzte Bürgerturn muß unermüdet zusehen, wie dieser politische Radikalismus und sein maßloses und tonantisch verdeckter Anhang, obzwar längst im Besitze der tatsächlichen politischen Macht, die dem Bürger angeblich gegenüber der Entente entwundenen Gewerbe sammelt und bis zu einer deutschen Bartholomäusnacht verborgen hält — und soll trotzdem noch sparen?

Wer weiter nicht als bis morgen und ein Gefäß auch für das Hebräerwort hat, muß allerdings trotz darüber sein, daß das bisher als unauflöslich erdichtende Weltkettens aller Preise der wichtigsten Produkte, der Getreide und Fertigfabrikate einwärtig ein Ende gefunden hat. Nur erhebt sich die Frage: zu welchen Punkten und zu welchen Kosten? Die breiten Massen bleiben zunächst noch unberührt, weil das, was sie vor allem brauchen, Lebensmittel, solange nicht billiger werden können, als der deutsche Bauer auf der einen Seite noch immer steigende Arbeitslöhne und Unsummen für Ausrüstungen, Saatgut und alles neu zu beschaffende Arbeitsgerät ausgeben muß, auf der andern aber keine Ertragssteigerungen erzielt, die sich nicht durch die mit jeder Zwangswirtschaft verbundene unerschöpfliche Aufzucht von Wertprodukten, leicht verderblichen Produkten, zusammen mit einer noch ungewöhnlicheren Art der Verteilung, täglich und stündlich Wertwerte umkommen läßt. Die wirtschaftlich höheren Kreise aber, die bisher als Konsumenten für alles, was über den Rahmen der Lebensmittel hinausging, hauptsächlich in Frage kamen, sind entweder blühen geworden und damit ausgeschlossen, oder die das Wirtschaftskleben hemmenden Berliner Verordnungen haben sie betätigt ermutigt, daß sie die Hände ins Korn werfen und der weiteren Entwicklung abwartend resigniert ohne die sonst so kräftigen Hände zu rühren. Nur die Schieber rüsten sich zu neuem Kampf, der ihnen nicht aufschuldig erscheint, weil ihre Böden gleichermaßen nach rechts wie nach links laufen. Woher bei solchen Verhältnissen eine Gewinnung kommen soll, ist unersichtlich.

Die Gefahr ist unendlich viel größer, als die meisten denken. Denn wenn die menschlichen Balken erst einmal anfangen nachzugeben und zu zerbrechen, dann gibt's kein Halten mehr. Denn fürst das ganze Gebäude ein und auf seinen Säulen ruhen die Kaskaden aus dem Osten, die dann endlich die lange ersehnte revolutionäre Lage gefunden haben werden, an der sie ihren Blutzug stellen können. Das Problem der allernächsten Zeit reicht also aus dem rein Wirtschaftlichen ins innere Politische, innen wie außen, und wenn die Regierung nicht Kraft oder Verstand genug hat, um das zu begreifen, stellt sich auch, eben um der

Nagolier wollen, gar nicht begreifen will, so ist es Sache des Bürgerturns, sich seiner eigenen Interessen selber anzunehmen und durch rücksichtsloses Eintreten für die eigene Zukunft — wie das zu machen ist, darüber halten ja die radikalen Führer auf der anderen Seite seit Jahr und Tag äußerst lehrreiche, praktische Vorträge —, das drohende Unheil noch in letzter Stunde abzuwenden.

Wie ist denn die Lage? Erstens: die zum Leben unentbehrlichsten Dinge, also Lebensmittel, Bekleidung und einige wichtige Bedürfnismittel, müssen unter allen Umständen billiger werden. Zweitens: an einen Abbau der hohen Löhne ist vorläufig nicht zu denken. Drittens: die steuerlichen Verpflichtungen aus dem Versailler Schandvertrage — Unterzeichner! Unterzeichner! —, lassen sich einstweilen nicht aus der Welt schaffen. Viertens: wir können und dürfen uns, um der Zukunft aller deutschen Kultur willen, keine Verwertung der Arbeitslosigkeit leisten. Fünftens und sechstens: wir müssen sparen.

Bei den bisherigen Methoden schließen sich alle diese fünf Haupt- und Kardinalpunkte aneinander an. Dabei denn auch die allgemeine Unsicherheit, dieses ewige Schwanken nach unten und oben, das Himmelhochjauchzen und das Jammer-Liederlein. Die Fundamente unserer ganzen Wirtschaft sind unterhöhlt durch den inneren Widerspruch dieser nach den bisherigen Verfahren unüberwindlichen Forderungen. Und dennoch sind sie durchführbar, wenn wir uns endlich nur einmal entschließen können, die Augen aufzumachen, einen großen Teil der Kriegswirtschaftsdogmen über Bord zu werfen und das praktische Leben dort anzufassen, wo es angeht sein will.

Erstens: die Einfuhr aller Rohprodukte, die zum Wiederaufbau unserer Exportindustrie und zur Sicherung der unentbehrlichsten Inlandkonsumgüter notwendig sind, wird grundsätzlich freigegeben, alle entgegenstehenden Bestimmungen aufgehoben, alle hier noch arbeitenden Verwaltungsglieder aufgelöst. Zweitens: Die Zwangswirtschaft der wichtigsten Lebensmittel, unter maßgebender Beteiligung der Erzeuger, Händler und Verbraucherverbände, bleibt bis auf weiteres bestehen, weil ein Abbau der gebundenen Wirtschaft nur in dem Maße erfolgen kann, wie ihn die Sicherstellung der Volksernährung zuläßt. Denn darüber sind sich, auf Grund der neuesten Verhandlungen, wohl namentlich alle Justiz- und Berufsverbände einig, daß die Aufhebung der Lebensmittel-Zwangswirtschaft nicht mit einem Federstrich, sondern nur allmählich und planvoll erfolgen darf. Drittens: Der Landwirtschaft sind trotz der Zwangswirtschaft solche Preise zu bewilligen (Mindest- und Höchstpreise wie in England, das doch damit so glänzende Resultate gezeitigt hat), daß unter Berücksichtigung der noch immer steigenden Geschäftskosten noch ein ausreichender Gewinn bleibt. Denn nur so kann der Schleichhandel wirklich beseitigt werden, nicht durch papierne Verordnungen, nicht durch Preise, die den Landwirt, will er nicht untergehen, dem Schleichhändler immer wieder in die offenen Arme treiben. Trotzdem müßten aber diese besseren Inlandspreise immer noch unter den Weltmarktpreisen liegen, oder höher dort, wo es in einzelnen einmal anders ist, ohne Bedenken gefaßt werden. Zugleich ließe sich noch viel mehr als bisher die Einfuhr gewisser Rohstoffe und Lebensmittel, namentlich solcher, an deren Vorhandensein das Lebensminimum der breiten Massen hängt, auch auf die Gefahr hin, daß eine solche Einfuhr Opfer kostet. Die Einfuhr von Getreide und Obst ist ja bereits freigegeben, die von Fleisch, diesen wichtigen Rohstoffen, kommt jetzt hinzu. Freilich Getreide, Milch, Butter und Fleisch werden auch bei verstärkter Einfuhr vorläufig kaum billiger werden. Dazu sind die Weltmarktpreise noch viel zu hoch. Das ist schwerlich für viele, aber darüber muß man sich endlich einmal klar werden, so bedrückend auch diese Erkenntnis für breite Verbraucherschichten sein mag. Es sei denn, daß durch große Jubeln von Reich wegen künstlich gefaßt wird. Viertens: Die Ausfuhr aller zwangswirtschaftlichen Gegenstände wird verboten, Zwangsverhandlungen mit Ausland gestoppt. Dagegen ist die Ausfuhr aller übrigen Dinge vollkommen frei und unbeschränkt. Fünftens: Für billige Bekleidung und Beschaffung innerhalb gewisser Einkommensgrenzen sorgt der Staat.

Wenn man das durchführte, gäbe es zunächst mehr zu essen als jetzt, wobei ein Teil der heute noch an das Ausland gehenden Reichsguthäfte zur Verbilligung der Lebensmittel im Lande bliebe dem deutschen Bauer zugute käme, den Schleichhandel managen und, aus von der Ackerholle ausgehend, den ganzen schwerverarmten Wirtschaftskörper mit neuer Kraft durchströmen würde. Von den acht Milliarden, die bis heute das Ausland geschluckt hat, könnten zwei der deutschen Landwirtschaft zugute kommen, Wunder wirken und die Massen in den Städten endlich wieder einmal satt machen. Hunger ist der Anfang alles Elends, Satten die Vorbedingung jeglichen Aufstiegs.

Aber dieser Weg, so einfach, so eigentlich selbstverständlich er ist, hat drei Fallen: er bringt der Landwirtschaft eine Hilfe, er unterstützt das Kapital und braucht ein lebendiges Bürgerturn. Die beiden ersten passen nicht in die politische Ideologie der regierenden Schichten. Das eine nicht, weil man doch die „reaktionäre“ Landwirtschaft erst noch proletarisieren, das heißt wirtschaftlich vernichten will, und das andere nicht, weil Kapital „Verbrechen am Volke“ ist, das zwar, als in die wirtschaftlichen Bedingungen der Weltkonstellation verstrickt, ohne eben dieses Kapital nicht leben kann,

trahdem aber sein Todfeind bleibt. Endlich das Bürgerturn? Es ist indolent. Und aus diesen drei Gründen heraus wird aus der Sache wohl nichts werden. Und so ruht unsere Zukunft weiter in den Händen von Dilettanten, die sich scheuen, die Folgerungen aus ihren Fehlern zu ziehen.

## Endlich fertig!

Dem Schwab. Merk. entnehmen wir:  
Am 8. Juni, zwei Tage nach der Reichstagswahl, als die Abkehr der Volksstimmung von den Parteien der bisherigen Koalition nach rechts und links hinüber klar hervorgetreten war, hat der bisherige Reichskanzler Hermann Müller seine und seines Kabinetts Entlassung eingereicht und erhalten. Die Ministerkrise war damit eröffnet und sie hat sich über eine Dauer erstreckt, von der man nur zaghaft hoffen möchte, daß sie nicht zur Gewohnheit werde im neuen parlamentarischen Reich. Sollte 18 Tage sind darüber hingegangen, bis endlich mit dem Gehluz der neuen Ministerkabinetts die Krise ihren äußerlichen Abschluß gefunden hat. Am 11. Juni übernahm der bisherige Reichskanzler Müller den Auftrag der Bildung eines neuen Kabinetts, gab ihn aber nach dem vollen Verlangen der Unabhängigen alsbald wieder zurück. Dr. Heine von der Deutschen Volkspartei trat am 13. Juni das Amt an und erst der dritte Zentrumsmann, Konstantin Fehrenbach, hatte mehr „Glück“. Aber noch dauerte es 5 Tage, vom 17. bis 21. Juni, bis der Grund soweit gelegt war, daß Fehrenbach zum Reichskanzler ernannt werden, und noch einmal 5 Tage bis er dem Reichspräsidenten die fertige Ministerliste unterbreiten konnte. Mehr als einmal stand sein Schicksal auf des Messers Schneide. Und wenn er heute das Häuflein seiner Weggenossen überblickt, so weiß er nicht ganz genau, ob nicht bald die Stunde kommt, da sie sich wieder trennen müssen.

Das neue Kabinett Fehrenbach ist ein rein bürgerliches Kabinett, aber es ist auch das Kabinett einer Wehrlichkeit. Die drei Fraktionen, aus denen es seine Mitglieder entnommen, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Deutsche Demokratie, verfügen, selbst wenn man ihnen die Bayerische Volkspartei und den Bayerischen Bauernbund zurechnet, nur über 2.0 unter 466 Stimmen des Reichstags. Um verfassungsmäßig Bestand zu behalten, bedarf das Kabinett der wohlwollenden Neutralität seiner Nachbarn, im besonderen des starken Nachbarn zur Linken, der Sozialdemokratie. Und daraus liegt in doppelter Beziehung eine Schwäche. Einmal rein äußerlich zahlenmäßig. Und dann: wenn es bis zur letzten Stunde das heisse Bemühen der Kabinettsbildner blieb, um irgend einen Preis die Sozialdemokratie doch noch zur aktiven Teilnahme an der Regierung und zum Eintritt in das Kabinett zu bestimmen, so geschah dies gewiß nicht aus reiner Uebeldienerei gegen die Sozialdemokratie, sondern aus einer sehr richtigen Rechnung heraus. Der Grad der Abhängigkeit des Kabinetts von der Sozialdemokratie ist kleiner, wenn diese im Kabinett verantwortlich mitwirkt, als wenn sie in unbedingter Freiheit über das Schicksal des Ministeriums verfügt. So, wie die Dinge im parlamentarisch geleiteten deutschen Reich jetzt liegen, ist das Kabinett gezwungen, in steter Sorge vor dem Schwert des Damokles immer so zu regieren, daß die Sozialdemokratie guter Laune bleibt. Man dürfte sich also gar nicht so sehr darüber wundern, wenn seine Politik Schwächen in dieser Richtung zeigte. Es ist gar nicht zu verkennen, daß in diesem fatalen Abhängigkeitsverhältnis von einer verantwortungsvollen Sozialdemokratie der angestrebte Jug liegt, den die Lage des Kabinetts Fehrenbach anweist. Auf die vernünftigen Worte des „Vorwärts“, daß man nicht einem andern das Geschick überde, wenn man selbst nichts Besseres an die Stelle zu setzen habe, ist nicht viel zu geben. So spricht er heute, wo auch er ein Interesse daran hat, daß endlich eine Lösung komme. Uebermorgen wird der Ton wieder anders lauten.

Ganz hilflos ist übrigens Fehrenbach mit dem Seinen doch nicht, wenn er es nur Aug anfaßt. Es gibt ein Mittel, gegen eine Tyrannis von links aufzukommen, und dieses liegt in den Beziehungen zu den Deutschen Nationalen. Diese Beziehungen werden gegenseitig herzlicher und hinüber, so zu setzen sein, daß sie geeignet sind, das Kabinett nicht allzu sehr von der Sozialdemokratie abhängig werden zu lassen. Man wird das ohne weitere Erdäuterungen verstehen. Die Sozialdemokratie überläßt darf aber von ihrem Standpunkt aus ebenfalls den Bogen nicht überspannen, will sie die Regierung nicht ganz in die Arme der Rechten treiben. So mag es schließlich kommen, daß aus dem Gleichgewicht zwischen den zwei Nachbarn eine gewisse Stützung entsteht, deren das ganze Gebilde des Kabinetts Fehrenbach freilich sehr bedarf. Eine Politik entschlossener, zureißender Kraft darf man von ihm nicht erwarten, es muß sich vielmehr mit Klugheit und Schmieglamkeit durch die Schwierigkeiten seiner Lage hindurchzuwinden suchen.

Das Kabinett Fehrenbach besteht, solange das Arbeitsministerium noch nicht besetzt, u. die Stelle des Wiederaufbauministeriums noch vorbehalten ist, aus 11 Köpfen. Dazu



stell das Zentrum 4. und zwar außer dem Reichskanzler  
Fehrenbach selbst lauter bisherige Minister, Witt, Hermes  
und Giesberts. Die Deutsche Volkspartei stellt 3 Minister,  
und zwar, wie natürlich, lauter neue Männer, von denen  
allerdings der jetzige Justizminister und Stellvertreter des  
Kanzlers Dr. Heine als Parlamentarier und Jurist längst  
einen bekannten Namen trägt. Der Wirtschaftsmi-  
nister Scholz war bisher Oberbürgermeister von Charlottenburg, früher in  
dieser Eigenschaft in Kassel, Schapmüller a. K. in  
ist Verbandsdirektor in Berlin, also ein Mann aus dem  
praktischen Wirtschaftsleben. Von den 3 demokratischen  
Ministern bleiben Koch und Gehler auf ihren bisherigen  
Posten. Auf den neuen Außenminister Dr. Simons fällt  
man große Stücke, und es ist ja auch von ganz elementarer  
Bedeutung, daß angesichts von Spaas auf diesen Posten ein  
herausragend tüchtiger Mann kommt. Dr. Simons hatte im  
Auswärtigen Amt große staatsrechtliche Referate und war  
wegen seiner besonderen Eignung von dem Reichskanzler  
Prinz Max von Baden an die Spitze der Reichskanzlei be-  
rufen worden. In dieser Eigenschaft nahm er an allen Ver-  
handlungen mit dem Großen Hauptquartier teil. Er trat  
nach dem 9. Nov. wieder in das Auswärtige Amt über und  
war einer der hervorragendsten Vertreter der deutschen Ver-  
tretung in Versailles. Er hat mit dem Grafen Brodorski-  
Ranzau seine Stimme im Mai und Juni 1919 gegen die  
Unterschrift der Friedensbedingungen abgegeben. Als die  
Rationalverlammlung eine Mehrheit für die Unterschrift  
ergeben sollte, legte er seine Stimme in der Friedensdelegation  
nieder und schied aus dem Reichsdienst, worauf ihn die Ver-  
treter der Industriellen ersuchten, an die Spitze ihres Ver-  
bandes zu treten. Der Verkehrsminister, General Erdner,  
war engerer Landsmann, wird, wie schon bemerkt, als  
„parteiilos“ bezeichnet. Der Ruf seines Namens gründet sich  
auf seine Leistungen im Krieg als Chef des Feldpostbahnen-  
wesens, als Heerführer im Osten, zum Ende als Nachfolger  
Ludendorfs als erster Generalquartiermeister.

#### Rücktrittsgesuch des Reichswehrministers?

Berlin, 26. Juni. Wie die „Vossische Zeitung“ meldet,  
hätte Reichsminister Dr. Gehler infolge der neuen Entente-  
note über die Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 Mann  
heute Vormittag dem Reichskanzler Fehrenbach seine  
Demission angeboten.

Wie dazu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sieht  
Minister Dr. Gehler die durch die neue Ententennote geschaffene  
Lage als außerordentlich ernst an, von einem Rücktrittsgesuch  
ist jedoch amtlich nichts bekannt.

#### Die Gefahren der Heeresverminderung.

Berlin, 26. Juni. Die Konferenz von Spaas ist,  
so schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, auf den 5.  
Juli angesetzt. Nur wenige Tage stehen der neuen Regie-  
rung zur Verfügung um sich darüber klar zu werden, wie  
sie ihre Stellungnahme zu diesen schwerwiegenden Bepfropfungen  
in einzelnen zu präzisieren hat. Niemand gibt sich der  
Erwartung hin, daß die Vorschläge der Verhandlungsgegner  
diktieren werden und von irgendwelcher Rücksicht auf deutsche  
Lebensmöglichkeiten.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt unter der Überschrift  
„Sturmzeichen“: Wir wundern uns, daß die Entente  
die unmittelbar bevorstehende Gefahr einer Bolschewisie-  
rung Deutschlands nicht klar erkennt, sie vielmehr durch  
Forderung eines 100 000-Mann-Heeres und der Auflösung  
der Sicherheitspolizei geradezu heraufzitiert.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ liest man:  
In Berlin steht man vor der Entscheidung über die  
mögliche Staatsexistenz. Die 100 000 Mann, um die  
die Reichswehr kleiner werden soll, ist kein einfaches, sondern  
ein doppeltes Minus. Nicht nur daß die Reichswehr diese  
100 000 Mann verliert, ein namhafter Teil des bisher staats-  
erhaltenden Elements wird, von wirtschaftlicher Not und von  
Zwang getrieben, in das Lager des Widerstands und der  
Unruhen übergehen. Die Verbände werden in der Lage sein  
in einer Polizei, die total oder regional organisiert sein soll.  
Die Erfahrung lehrt, daß solche Polizeimannschaften über-  
raschend schnell bodenständig werden, sobald sie ihre Aktionen  
außerhalb ihres Bezirks unbrauchbar sind. Die regionalen  
Polizeien sollen nach Absicht des Verbands anscheinend neben-  
einander stehen und so fehlt ihnen die einheitliche Spitze.  
Alles in allem ist die Polizei kein Ersatz für die  
Reichswehr.

#### Die Vereinigung Koburgs mit Bayern.

Berlin, 25. Juni. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine  
Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Vereini-  
gung Koburgs mit Bayern, eine Verordnung be-  
treffend die Aufhebung der bayerischen Verordnung vom 22.  
Dezember 1907 und der württembergischen Verordnung vom  
26. März 1881.

#### Verhinderung Dr. v. Holtums?

Marienwerder, 25. Juni. Gelegentlich einer Rücksprache  
des Hauptstabschefs der „Neuen Westpreussischen Mitteilun-  
gen“ mit der Interalliierten Kommission in der Angelegen-  
heit Dr. v. Holtum wurde die Frage nach dem diplomati-  
schen Schutz der im Abstimmungsgebiet Wohnenden dahin  
beantwortet, daß die Interalliierte Kommission nur denjeni-  
gen im Abstimmungsgebiet Wohnenden diplomatischen Schutz  
gewähre, die abstimmungsrechtlich sind. Alle übrigen Be-  
wohner des Abstimmungsgebietes haben sich an die Regierung  
des Landes zu wenden, dessen Staatsbürger sie sind, so z.  
B. ein im westpreussischen Abstimmungsgebiet lebender Ost-  
preuze, der im Bezirk Allenstein abstimmungsrechtlich ist,  
an den englischen Geschäftsträger. Für Dr. v. Holtum habe  
die Interalliierte Kommission in Marienwerder, obwohl Dr.  
v. Holtum hier nicht abstimmungsrechtlich ist, eingegriffen,  
weil er Leiter der deutschen Propaganda im ostpreussischen  
Abstimmungsgebiet sei und ohne ihn unter Umständen die  
ganze Abstimmung gefährdet würde. Daß er bis heute noch  
nicht zurückgekehrt sei, liege entweder an denurchbaren pol-  
nischen Verkehrsverhältnissen oder an irgend einer polni-  
schen Unwilligkeit.

#### Senung der schwarzen Schande!

Der Rheinische Frauenbund, dem Frauen aller  
Stände, Parteien und Konfessionen angehören, hat dieser Tage  
einen energiegeladen Protest gegen die zahlreichen Angriffe der  
französischen Besatzungstruppen auf die Ehre deutscher Frauen

und Mädchen im Rheinland veröffentlicht. Der Bund konnte  
29 Fälle mit Angabe aller Belege anführen. Dabei  
waren 17 farbige Soldaten die Täter. Aus untergeordneten  
Mitgliedern der Arbeitergemeinschaft für eine Polizeistelle  
Rechts (Heidelberg-Vereinigung) sind weitere 9 Fälle nach  
Namen der Geschädigten, nach Ort und Zeit des Vergehens  
und mit manchen grauenerregenden Einzelheiten bekannt.  
Hochbetante Frauen befinden sich unter den Opfern, doch es  
besteht Grund zu der Befürchtung, daß auch damit die trau-  
rige Liste noch nicht abgeschlossen ist, da naturgemäß die  
Scham viele der Betroffenen zurückhält, der Öffentlichkeit  
preiszugeben, was ihnen widerfahren ist. Die Verführung der  
französischen Regierung, die einwandfrei bezeugten Tatsachen zu  
leugnen. Können wir uns nur dadurch erklären, daß sie von  
ihren nachgeordneten Stellen nicht wahrheitsgemäß  
unterrichtet wird. Wir bedauern aufs tiefste die aus anderen  
Erteilen stammenden Männer, die fern ihrer Heimat im  
Dienste eines die Grenzen der eigenen Volkstraft weit über-  
spannenden Militarismus von einem fremden Gebiet ins  
andere geholt werden. Nicht sie tragen die Schuld, daß die  
Prostitution unseres Jahrhunderts in dieser Weise gefährdet  
wird, sondern die weissen Nachhader, deren willenloses  
Verhalten sie sind. Gegen diese Gewalttäter appellieren wir  
an die gesamte Kulturwelt, an alle gerade u. ritter-  
lich denkenden Frauen und Männer, auf daß sie ihre Macht  
ausüben, damit der Besetzung europäischen Landes durch  
farbige Truppen und den damit verbundenen unermesslichen  
Folgen ein Ende gemacht wird. Gleichzeitig sprechen wir  
unsern Dank allen den Menschenfreunden aus und nicht  
zuletzt jenen in den vormaligen feindlichen Ländern, die aus  
eigener Initiative unseren Appell schon vorausgenommen sind.  
Prinz Max von Baden, Staatsrat Dr. Ludwig Haas,  
Gräfin Pauline Montgelas, Graf Montgelas, Frau v.  
Richter, Frau Marianne Weber.

#### Der 10%ige Lohnabzug.

Berlin, 26. Juni. Die Regierungspartei mit Ein-  
schluß der Sozialdemokratie haben folgenden Antrag einge-  
bracht: Der Reichstag wolle beschließen, einen Ausschuss von  
28 Mitgliedern einzusetzen mit dem Auftrag, die auf Grund  
§ 45 und § 52 des Einkommensteuergesetzes von 1920 er-  
lassenen Ausführungsbestimmungen über die vorläufige Er-  
hebung der Einkommensteuer vom Arbeitslohn einer Prü-  
fung zu unterziehen, insbesondere zu untersuchen, welche  
Maßregeln zu ergreifen sind, durch die die Härten bei der  
Durchführung beseitigt werden können.

#### Ebert amtsübe.

Berlin, 26. Juni. Das vom Reichspräsidenten an  
den Kanzler gerichtete Ersuchen, die Festsetzung des Termins  
der Präsidentschaftswahl durch den Reichstag alsbald voran-  
zulassen zu wollen, hat einhergehend überrascht. Bekannt war,  
daß Ebert sich in letzter Zeit auf seinem Posten vereinnahmt  
fühle, da die seiner Partei entstammenden Vertrauensleute  
ihm fehlten. Der Reichstag muß natürlich dem Ersuchen des  
Präsidenten entsprechen. In wünschenswertem Maße ist  
früher Termin in Aussicht genommen wird. Vor dem März  
hat bisher jedenfalls niemand an eine Wahl gedacht, und man  
wird von dem Rückgefühl des Reichspräsidenten erwarten  
dürfen, daß er sich den gegen eine zu baldige Wahl sprechen-  
den Gründen nicht verschließen wird.

#### Der Ruf nach dem Fachmann.

Berlin, 26. Juni. Die Zeitung „Volk“ erzählt, daß sich  
gegen den Reichspostminister Giesberts unter den Post-  
beamten eine lebhaftere Bewegung bemerkbar mache. In den  
nächsten Tagen sollen im ganzen Reich Versammlungen der  
Postbeamten stattfinden, in denen der Rücktritt des Post-  
ministers und seine Ersetzung durch einen Fachmann gefordert  
werden soll.

#### Deutsch-französischer Notenwechsel.

Paris, 26. Juni (Havas). Der deutsche Geschäftsträger  
in Paris Dr. Mayer überreichte dem Sekretariat der Friede-  
nskonferenz am Freitag Nachmittag eine Note der deut-  
schen Regierung, in der von den Alliierten eine Verlänge-  
rung der Frist verlangt wird, die Deutschland zur Klärung  
der neutralen Zone gestellt wurde. Es wird darin erklärt,  
daß es Deutschland unmöglich ist, diese Zone bis zum 10.  
Juli zu räumen. Diese Note kreuzte sich somit mit den drei  
Noten, die am Dienstag dem deutschen Geschäftsträger über-  
reicht wurden.

#### Jochs Annerionspläne.

Paris, 26. Juni. Marschall Joch erklärte dem Vertreter  
der Daily Mail in Bezug auf das Verhältnis Frankreichs zu  
Deutschland u. a.: Die Herstellung von 15 000 deut-  
schen Kanonen ist nicht das einzige Mittel, der  
Gefahr vorzubeugen, die die Deutschen für den Weltfrieden  
bedeuten könnten. Die wahre Gefahr liegt in dem feind-  
seligen militärischen Geiste des deutschen Volkes.  
Wenn dieser Geist aufs neue einen Konflikt herbeiführen  
könnte, dann würde die gefährlichste Waffe, deren sich die  
Deutschen in weitestem Maße bedienen würden, das Bomben-  
flugzeug sein. Es sei Pflicht, gegen die kommende Generation  
Vorkehrungen dagegen zu treffen. Ein Mittel dafür sei,  
die Entfernung zu vergrößern, die Frankreich von dem  
Feinde trenne. Wenn wir den Rhein verlassen, lagte Joch,  
sind die Deutschen Ostende näher und von Ostende kann  
Deutschland London in einer Nacht zerstören.

#### Die Kalandsfrage.

Kopenhagen, 26. Juni. Nach einem Stockholmer Tele-  
gramm teilt das schwedische Ministerium des Reichens mit,  
daß die schwedische Regierung aufgefordert worden sei, einen  
Delegierten zu ernennen, der an den Verhandlungen über  
die Kalandsfrage beim Völkerbund teilnehmen solle. Sämt-  
liche Stockholmer Zeitungen sprechen ihre Befriedigung dar-  
über aus, daß die Kalandsfrage an den Völkerbund vermie-  
sen worden sei. „Stockholms Tidningen“ erklärt, daß diese  
Entwicklung für die Kalandsbevölkerung einen Fortschritt  
bedeute. Auch vom finnischen Standpunkt aus müsse dieser  
Schritt begrüßt werden. Finnland sei nicht Mitglied des Völ-  
kerbunds. Es werde trotzdem eingeladen werden und so die  
Pflichten eines Mitglieds erfüllen können. „Sozialdemokra-  
ten“ erklärt die Ueberweisung der Kalandsfrage an den  
Völkerbund letzte Verhandlungen mit den übrigen Großmäch-  
ten voraus. Die Kalandsfrage erhalte so noch eine größere  
Bedeutung.

#### Die Schließung der Dardanellenforts.

Amsterdam, 26. Juni. Der „Times“ zufolge wurden  
am 21. Juni sämtliche 80 Geschütze der Dardanellenforts  
auf der asiatischen Seite von den Engländern gesprengt.  
Die wenigen türkischen Wachtposten verhielten sich Wider-  
stand. Sie wurden entwaffnet. Am 22. Juni wurden die  
Kriegsgeschütze des Hamidieh-Forts, die bei der Ver-  
teidigung der Dardanellen im Jahre 1915 eine wichtige Rolle  
spielten, zerstört.

#### Vorbereitungen für einen allgemeinen Generalstreik.

München, 24. Juni. Der „Bayerische Kurier“ veröffent-  
licht einen Bericht über eine Sitzung der Kommission der  
U.S.P., die am 20. Juni in München stattfand. Der Vor-  
sitzende bezeichnete es als Aufgabe dieser Kommission, die  
Vorbereitung für den Generalstreik zu treffen, von dem man  
nicht wisse, wann er komme, aber bestimmt wisse, daß er unter  
allen Umständen kommen werde. U.S.P., R.P.D. und U.S.P.  
hätten, um möglichst einer Preispeilung vorzubeugen, ge-  
trennte Generalstreikungen.

Der Genosse Kiening führte u. a. aus: Die U.S.P.  
müsse als stärkste Organisation die Leitung in die Hand  
nehmen. Ganz Deutschland sei in Krisis gerathen, denn in ganz  
Deutschland werde die gleiche Organisation geschaffen. Bayern  
zerfalle in zwei Teile, Süd- und Nordbayern, mit den Sitzen  
in München und Nürnberg. Die Streikkomitees der einzelnen  
Parteien arbeiten scheinbar getrennt. Die erste und Haupt-  
aufgabe der einzelnen Ortsgruppen sei die der Klasse Still-  
legung der Betriebe. Unterschiede zwischen sogenannten  
lebenswichtigen Betrieben und anderen würden nicht geduldet.  
Von allen Maschinen seien notwendige, schwer zu beschaffende  
Teile zu entfernen. Die Eisenbahnen garantieren dafür, daß  
von dem Augenblick der Proklamation des Generalstreiks an  
keine Maschine mehr den Schuppen verläßt. Das Fahr-  
personal bliebe höchstens noch ein paar Tage Dienst tun.  
Die Angestellten der Elektrizitätswerke und der Wasserwerke  
verpflichten sich, dafür Sorge zu tragen, daß auch keine tech-  
nische Notfälle mehr etwas ausrichten kann. Diese sei mit  
allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. In  
dem Augenblick der Proklamation des Streiks müsse auch die  
Entwöhnung der Einwohnerwachen einsetzten. Dies sei die  
Aufgabe der Kommission. Die Generalstreikleitung arbeite  
mit der Außenwelt nur durch Kuriers in Verbindung. Man  
müsse sich darüber klar sein, daß es sich um einen Entsch-  
eidungskampf handle. Wenn diesmal das Proletariat unter-  
liege, dann sei es erledigt.

In der Diskussion wurde einem Genossen, der auf die  
Gefahren für die Mütter, Säuglinge und für die Kranken-  
häuser hinwies, von dem Vorsitzenden erwidert, einige  
Tausend Menschenleben spielten bei dem Sub-  
kampfe des Proletariats keine Rolle. Am Schlusse  
erklärte der Genosse Kiening, er betrachte die Einwohner-  
wachen nur als Waffenlieferant der U.S.P., da sie sofort  
leicht überrumpelt werden könnten. Mehr zu fürchten sei  
die Reichswehr. Ein Bild sei es, daß ihre Verminderung  
auf 100 000 Mann tödlicher sei.

#### Der drohende Kommunistenaufruch.

Berlin, 26. Juni. Ueber einen drohenden Kommunis-  
tenaufruch erfahren wir folgende Einzelheiten: Am 26. April  
nahm nach 14tägiger Beratung die internationale Kommu-  
nistenkongress in Konstantinopel den Beschluß an, bis  
15. Juni 1920 alle Vorbereitungen zur Erringung der politi-  
schen Macht zu treffen. In der Sitzung der Zentrale der  
R.P.D. wurde erklärt, daß die Verhältnisse schon in nächster  
Zeit sich so gestalten könnten, daß „wir an die Errichtung  
einer Räterepublik denken“ können.

Ueber die Waffenbestände der Roten Armee werden  
folgende Mitteilungen gemeldet: Die linksradikale 1400  
Mann starke Arbeiterwehr in Kiel ist mit Waffen und  
Ausrüstung auseinandergelassen. Ein Depot von 3 000  
Gewehren ist außerdem der Arbeiterkassette in die Hände ge-  
fallen. In Hamburg besteht seit März eine Volkswehr von  
35 000 Mann, die vorwiegend aus linksradikalen Elementen  
zusammengesetzt ist. In Rostock besitzt die aufgelöste Ar-  
beiterwehr 4100 Gewehre, 21 Maschinengewehre, 4 Minen-  
werfer, 12 Geschütze und hat außerdem die Sicherheitspolizei  
der Stadt aus sich herausgebildet. Die Entwaffnungsaktion  
nach den Wahlen in Medienburg und Pommern ist  
nahezu ergebnislos geblieben. In Spandau sind über  
80 000 Schuß Munition und viele Waffen von den Arbeitern  
erbeutet worden und nicht wieder erlangt. Die Waffen-  
lieferung in Berlin ist unbedeutend, die Enttragung zur  
Roten Armee, die in der republikanischen „Freiheit“ fortge-  
führt wird, umfaßt 18 000 Mann. Das Uebergewicht der  
Truppen allein hat bisher größere Aufstände verhindert. Die  
Brennpunkte der kommunistischen Vorbereitungen bleiben  
Mitteldeutschland und das Ruhrgebiet. In Halle wurde  
tätlich eine Rote Armee der Roten Armee eine Liste der Ein-  
stellung der Roten Armee aufgenommen. Nach dieser Zusam-  
menstellung verfügt die Rote Armee über 10 870 Maschinen-  
gewehre, 290 Flammenwerfer, 700 Minenwerfer und 420  
Geschütze.

#### Die Rote Armee und der Optimismus der Regierung.

Aus dem Reichswehrministerium werden folgende er-  
staunliche Mitteilungen gemacht:

Die „Freiheit“, das Berliner Organ der Unabhängigen  
bestreitet die Gerüchte, die von der Bildung roter Arme-  
verbände in verschiedenen Städten des Reiches sprechen. Im  
Reichswehrministerium liegen tatsächlich Nachrichten vor,  
wonach rote Truppenverbände in verschiedenen  
Teilen des Reiches lebungen mit Gewehren, zum Teil  
auch mit Maschinengewehren, abhalten. Auch an anderen  
amtlichen Stellen liegen Nachrichten vor. So aus Berlin,  
wo mit kleineren Abteilungen in Stärke von etwa 200 Mann  
hauptsächlich Jugendlichen, militärische Exerzitäten abgehalten  
werden. Allerdings nicht mit Waffen, sondern nur mit  
Lebungsgeräten, so mit Lebungsbandgrauen.

Aus Sachsen liegt folgender Bericht vor:

In Leipzig sind als Kampfororganisationen der  
U.S.P. 24 Kompanien unter dem Deckmantel von Ein-  
wohnerwehren aufgestellt worden, die über genügend Waffen  
verfügen. Aus Chemnitz wird berichtet, daß dort Lebungen  
zum Teil militärischen Charakters abgehalten werden, die sich  
aber namentlich auf den Nachrichtenendienst mit Fluggenwin-  
ken



...wurden...  
...erregt...  
...Wider...  
...den die...  
...der Berge...  
...Rolle

...errecken. Auch diese Übungen fanden bisher ohne...  
...Waffen statt. An amtlicher Stelle ist man aber der Auf...  
...fassung, daß die Gefahr eines Rintspuisches nicht...  
...besteht.

### Württembergische Politik.

#### Demonstration der Arbeitlosen.

Heilbronn, 26. Juni. Am Freitag fand hier eine Demonstration der Arbeitlosen statt. Um 10 Uhr triff ein Trupp von etwa 200 Mann nach dem Rathaus gezogen und in dieser eingedrungen, wobei sie auf der oberen Diele Oberbürgermeister Dr. Böbel zu sprechen wünschten. Dieser zeigte sich bereitwillig vor der Menge, worauf diese ihre Wünsche vorlegte. Diese sind: 1. Beibehaltung der gesetzlichen Karenzzeit bei der Erwerbslosenunterstützung, 2. Einreihung in die Liste der Minderbemittelten zum Bezug von Lebensmitteln zum geringsten Preis. Oberbürgermeister Dr. Böbel hielt eine Ansprache. Eine 8köpfige Deputation überreichte ihre Wünsche noch schriftlich, worauf die Demonstranten wieder abgingen.

#### Die Unruhen und die Reichswehr.

Münch., 26. Juni. Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: In den meisten württ. Kreisen ist die Nachricht eingelaufen, daß bei den Unruhen in München am 22. Juni abends Geschütze geschossen haben. Tatsache ist, daß zwei Geschütze mit ausgerollt sind, aber nicht gefeuert haben, ebensowenig wie Minenwerfer, Flammenwerfer u. Ähnliches. Geschossen wurde nur mit Gewehren oder mit Maschinengewehren, auch fielen wenige Handgranaten, meist von Seiten der Demonstranten. Ebenso wird festgestellt, daß die Reichswehr während der ganzen Zeit keinerlei Verluste hatte, weder an Toten noch an Verwundeten. Nur die Polizeiwache hatte einige Verwundete, jedoch größtenteils Leichtverwundete.

#### Demonstration.

München a. Br., 26. Juni. Auf Veranlassung hierher gelangener Arbeiter von Heidenheim und Herdrehingen verließ am Donnerstag von 10 Uhr ab die hiesige Arbeiterschaft ihre Arbeitsstätten, um gegen die Lebensmittelverknappung zu demonstrieren. Sie sammelten sich vor dem Rathaus an, wo mehrere Redner an die Menge Ansprachen hielten. Ein sofort gebildeter Aktionsausschuß verlangte von der Stadtverwaltung die Waffen der Einwohnerwehr, die auch im Laufe des Nachmittags an diesen ausgeliefert wurden.

#### Wiederherstellung der Ordnung in Heidenheim.

Heidenheim, 26. Juni. (Amtlich) Heute nach rüdte Polizeiwache und Reichswehr hier ein und besetzte die Stadt. Die Führer des sogenannten Aktionsausschusses, der von der radikalsten Arbeiterschaft zur Kontrolle eingerichtet worden war, wurden in den Morgenstunden festgenommen und der Ausgangspunkt über die Stadt verhängt. Die Ablieferung der Waffen der Einwohnerwehr, die vom Aktionsausschuß beschlagnahmt und an Arbeiter ausgegeben worden waren, wurde bis heute mittag 12 Uhr angeordnet. Die Ruhe war bis heute früh 8 Uhr nirgends gestört. Die Arbeit in den Heidenheimer Betrieben wurde bis jetzt noch nicht aufgenommen.

#### Nach dem Einmarsch der Polizeiwache.

Heidenheim, 26. Juni. Von zuständiger Seite wird am Samstag Nachmittag mitgeteilt: Die Stadt ist vollständig ruhig. Der Aufforderung, die Waffen abzuliefern, ist die Arbeiterschaft nur in ganz ungenügender Weise nachgekommen. Infolgedessen sah sich die Polizeiwache genötigt, Hausdurchsuchungen nach Waffen vorzunehmen. Die radikalen Elemente unter der Arbeiterschaft versuchen dauernd, eine erditterte Stimmung gegen die sich sehr zurückhaltende Polizeiwache zu erzeugen. — In Schnaitheim holte eine aufgeregte Gruppe von Arbeitern ebenfalls einen Bauern aus seinem Haus heraus und schlugen ihn durch, auch sein Sohn bekam etwas ab.

#### Unter dem Ausnahmezustand.

Heidenheim, 27. Juni. Die Stadt war heute vollständig ruhig und zeigte das gewöhnliche Sonntagsbild. Die Polizeiwache ist immer noch mit dem Suchen nach verborgenen gehaltenen Waffen beschäftigt. Nach der Zahl der bisher beigebrachten Waffen zu schließen, halten die Arbeiter noch erhebliche Waffenvorräte zurück. Der Gemeinderat hat sich am Samstag in einer außerordentlichen Sitzung mit der Befragung der Stadt durch Polizeiwache befaßt und Protest dagegen eingelegt, obwohl zweifellos feststeht, daß noch Waffen in unrechten Händen sind. Er forderte jedoch die Einwohnerwehr auf, Ruhe u. Ordnung zu halten u. die Bestimmungen des Ausnahmezustandes zu beachten. Trotz dieser Aufforderung mußte die Polizeiwache am Abend zur Einhaltung des Belagerungszustandes verschiedentlich einschreiten. Zum Waffengebrauch ist es dabei nicht gekommen. Bisher ist überhaupt noch kein Schuß gefallen. Die Arbeiterschaft hat sich über die Anwesenheit der Polizeiwache noch nicht beruhigt. Da und dort lassen sich Einzelne immer wieder zu grundlosen schweren Beschimpfungen der Polizei in Ansätzen hinreißten. Im allgemeinen wird aber die Ruhe nicht gestört. Ob der seit letzten Mittwoch andauernde Generalkriegsstand beendet sein wird, läßt sich noch nicht sagen. Es hat den Anschein, als wollten die Arbeiter erst nach dem Abzug der Truppen die Arbeit wieder aufnehmen. Die Einsammlung der Waffen hat auch in den Bezirksamtsorten begonnen. Von den Verhafteten wurden sämtliche noch im Verlauf des gestrigen Tages bis auf den Kommunisten Kuntner wieder freigelassen.

#### Aus Stadt und Bezirk.

Regold, den 28. Juni 1920.

\* Die Tuberkulose als Kriegsfolge. Im Traubensaal sprach am Samstag abend Herr Dr. Eugen Stähle von hier über das Thema: Die Tuberkulose als Kriegsfolge. Der Referent, der als gründlicher Kenner der Tuberkulose bekannt ist, verbreitete sich in anderthalbstündigen Ausführungen über die Entstehung, Gefahr und Bekämpfung dieser schlimmsten aller Volkskrankheiten. Nach den politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen unseres Vaterlandes hat die Volkskrankheit eine erschreckende Zunahme zu verzeichnen. Weltweit durchschneidet jeder 7. Mensch an der Tuberkulose zu Grunde. Erhöht wird diese Gefahr durch das Zurückströmen der Auslandsdeutschen in das ohnehin schon ausgelagerte Heimatland, so daß bei den katastrophalen Ernährungsverhältnissen 15 Millionen Menschen der Tod durch Tuberkulose droht. — Anschließend behandelte der Redner ausführlich die Entstehungsgeschichte der Krankheit namentlich bei unseren Feldsoldaten und ging dann zur Schilderung des eigentlichen Krankheitsverlaufes über, der in seinen Einzelheiten beleuchtet wurde. Was die Bekämpfung der Seuche angeht, so hat sie mit Schwierigkeiten zu kämpfen und läßt bis jetzt noch zu keinem restlos befriedigenden Resultat, weder die hygienisch-dietetische, noch die spezifische. Die erstere beschränkt sich darauf, den Körper des Kranken so in Stand zu setzen, daß er selbst erfolgreich dem Kampf mit der Tuberkulose aufnehmen kann (Freiluftkuren, Sonnenbäder, kräftige Ernährung usw.). Die zweite besteht in der Einimpfung des Giftes zwecks Bildung des Ergankiums, in den sog. Tuberkulinkuren. Wichtiger als dies alles ist aber der Schutz gegen die Ansteckungsgefahr, die Vorbeugung, die Separierung der Leidenden, der hygienische Schutz der Gesunden. Nur durch Einhaltung der einfachen Forderungen gegen die Ansteckung werden wir die Tuberkulose zum Niedergang zwingen. Gerade diesem Kapitel widmete Herr Dr. Stähle beherzigtenswerte Worte, die denn auch dankbaren Beifall der Versammlung auslösten. — Wir weisen übrigens auf den vor einiger Zeit im „Weltkämpfer“ erschienenen Artikel Dr. Stähles „Die Tuberkulosegefahr“ hin, der die wichtigsten Forderungen zur Bekämpfung der Seuche knapp und übersichtlich zusammenfaßt.

## Vergessen Sie nicht

den „Gesellschafter“ für das 3. Vierteljahr bei der Post oder dem Postboten zu bestellen.

durchschnittlich jeder 7. Mensch an der Tuberkulose zu Grunde. Erhöht wird diese Gefahr durch das Zurückströmen der Auslandsdeutschen in das ohnehin schon ausgelagerte Heimatland, so daß bei den katastrophalen Ernährungsverhältnissen 15 Millionen Menschen der Tod durch Tuberkulose droht. — Anschließend behandelte der Redner ausführlich die Entstehungsgeschichte der Krankheit namentlich bei unseren Feldsoldaten und ging dann zur Schilderung des eigentlichen Krankheitsverlaufes über, der in seinen Einzelheiten beleuchtet wurde. Was die Bekämpfung der Seuche angeht, so hat sie mit Schwierigkeiten zu kämpfen und läßt bis jetzt noch zu keinem restlos befriedigenden Resultat, weder die hygienisch-dietetische, noch die spezifische. Die erstere beschränkt sich darauf, den Körper des Kranken so in Stand zu setzen, daß er selbst erfolgreich dem Kampf mit der Tuberkulose aufnehmen kann (Freiluftkuren, Sonnenbäder, kräftige Ernährung usw.). Die zweite besteht in der Einimpfung des Giftes zwecks Bildung des Ergankiums, in den sog. Tuberkulinkuren. Wichtiger als dies alles ist aber der Schutz gegen die Ansteckungsgefahr, die Vorbeugung, die Separierung der Leidenden, der hygienische Schutz der Gesunden. Nur durch Einhaltung der einfachen Forderungen gegen die Ansteckung werden wir die Tuberkulose zum Niedergang zwingen. Gerade diesem Kapitel widmete Herr Dr. Stähle beherzigtenswerte Worte, die denn auch dankbaren Beifall der Versammlung auslösten. — Wir weisen übrigens auf den vor einiger Zeit im „Weltkämpfer“ erschienenen Artikel Dr. Stähles „Die Tuberkulosegefahr“ hin, der die wichtigsten Forderungen zur Bekämpfung der Seuche knapp und übersichtlich zusammenfaßt.

\* Die Einkommensteuermarken. Die Einkommensteuermarken sind jetzt von der deutschen Reichsdruckerei hergestellt und kommen durch die Postämter zur Ausgabe. Sie sind 28 Millimeter breit und 21 Millimeter hoch. Zunächst gibt es solche von roter Farbe zu 10 J., braun zu 50 J., grau zu 1 M., braun zu 2 M., grün zu 5 M., grün mit gelber zu 10 M. und violett mit gelbbraun zu 25 M. Später werden Marken zu 50 u. 100 M. ausgegeben. Das Bild der einzelnen Marke ist verschiedenes. Der Wert tritt überall in großen Zahlen hervor. Sie haben außerdem die Aufschrift „Einkommensteuer“ in Fraktur. Die Marke zu einer 1 M. zeigt den neuen Reichsadler. Die Marken werden in Buchdruck auf weißem Papier mit dem Wasserzeichen „Berger“ hergestellt und in Bogen zu 50 Stück geliefert. Für den Verkauf vorbereiteter Marken und den Umtausch gelten dieselben Vorschriften wie für die Umtauschmarken.

\* Peter und Paul macht d' Heilbeer blau! Die kommenden Wochen bieten den Arbeitern nach der weniger angenehmen Generäle eine viel willkommener Beschäftigung im kühlen Schatten des Waldes. Es ist das Sammeln der Heidelbeeren. Wenn auch der Beerenreichtum der übrigen Wälder noch lange nicht an den des Schwarzwaldes heranreicht, so der Heidelbeerenhand einen nicht zu unterschätzenden Erwerbseinkommen bildet, so gibt es in den meisten Jahrgängen doch auch anderswo so viele Beeren, daß mancher sich eindecken kann. Gedröckte Heidelbeeren und in Zucker gelochter, filtrierter Heidelbeersaft gehören in jede Hausapotheke; sie heilen gegen Durchfall, ja sogar Brechdurchfall.

\* Untertalheim, 26. Juni. Das Landgericht Rottweil verurteilte den 52 Jahre alten Joseph Kohler von Untertalheim wegen zahlreicher Einbrüche, die er letztes Jahr in verschiedenen Villen auf dem Riebrich verübte, zu 13 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Kohler hat bereits 26 Jahre im Zuchthaus zugebracht.

#### Aus dem übrigen Württemberg.

Calw, 28. Juni. Der neu gewählte Elternrat des Realprogymnasiums trat am Donnerstag unter dem Vorsitz von Herrn Direktor Sannwald und in Anwesenheit von Herrn Rektor Knobel erstmals zusammen, um die Richtlinien seiner Tätigkeit festzusetzen. Insbesondere wurden dann noch die anerkannt hygienisch durchaus unzulänglichen Schullokale eingehend besprochen. Rügert wurde ferner, den Belangsumricht auf die 4. Klasse auszuweihen. Bei den Verabschiedungen wurde der Wunsch ausgesprochen, daß für eine systematische Erziehung des Schülers in den Sommermonaten an allen hiesigen Schulen gesorgt werden soll.

\* Sulz, 26. Juni. Nach kurzem schwerem Leiden ist Oberamtmann Karl Gungenhäuser im Alter von 49 Jahren gestorben.

Stuttgart, 28. Juni. In dem gestrigen Spiele „Riders“ gegen den ungarischen Meister M. Z. R. gewannen die Gäste mit 2:0 Toren.

#### Familiennachrichten.

Westorben; Eover Kiefer, Schlosser, 78 J., Nordlingen; Christine Dürr, geb. Schalte, 66 J., Warrinsmoos; Juliana Schopf, geb. Dellling, Biringen; Jakob Bölle, 67 J., Herrenberg; Oberreallehrer Dr. Richard Brengler, Böblingen; Marie Bölle, geb. Burtbaldt, 78 J., Herrenberg.

#### Letzte Nachrichten.

##### Der neue Reichsarbeitsminister.

Berlin, 28. Juni. Die zweite heutige Sitzung des Reichstags soll ausschließlich der Aussprache über die in der ersten Sitzung abgegebene Erklärung des neuen Kabinetts dienen und zwar werden in dieser zweiten Sitzung nur die Redner der sozialdemokratischen Parteien sprechen. Am Mittwoch kommen die der anderen Parteien zu Wort. Der „Berliner Volksanzeiger“ berichtet außerdem, es sei

zunehmend mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß der Zentrumsgesandte Dr. Strauß sein Einverständnis erkläre, den Posten des Reichsarbeitsministers anzunehmen.

#### Roske Oberpräsident von Hannover.

Berlin, 26. Juni. Der frühere Reichswehrminister Roske ist zum Oberpräsidenten von Hannover ernannt worden.

#### Die Krawalle in Hamburg.

Berlin, 28. Juni. Infolge der Lebensmittelkrawalle wurde laut Berl. Post. Anz. in Hamburg der Ausnahmezustand verhängt. — Bei den Krawallen, die zwischen Mob und Sicherheitswehr zu Schirereien geführt hatten, gab es 2 Tote, 80 Verwundete und viele Verhaftete.

#### Keine Verschlebung der Abstimmung in der Ostmark.

Berlin, 28. Juni. Der polnische Vorschlag, den Termin der Abstimmung in Ost- u. Westpreußen zu verschieben, wurde der Frankf. Ztg. zufolge von den Alliierten abgelehnt. Es bleibt also dabei, daß die Abstimmung am 11. Juli erfolgt.

#### Das Dampferunglück auf der Rewa.

Berlin, 28. Juni. Ueber den Untergang eines Gefangenen-Transportschiffes wird der „Deutschen Zeitung“ aus Dillingen von gestern gemeldet: Ein bolschewistischer Transportdampfer von 8000 Tonnen sank am 6. Juni in der Rewa. An Bord befanden sich 2000 finnische, d. h. russische und englische Kriegsgefangene, die aus Rußland abtransportiert werden sollten. Diese sind sämtlich ertrunken. Der B. L. Z. will melden können, an Bord des Dampfers hätten sich 2000 militärische und nichtmilitärische Kriegsgefangene deutscher und österreichischer Nationalität gefunden.

#### Dr. Gehler über die Gefahren der Entwaffnung Deutschlands.

Paris, 27. Juni. Der deutsche Reichswehrminister Dr. Gehler erklärte dem Vertreter des „Matin“, Julius Sauerwein, das deutsche Volk könne sich nicht wieder erheben und seine Verpflichtungen erfüllen, wenn es nicht den inneren Frieden sicherstellen könne. Deshalb sei es unbedingt notwendig, ein Heer von 200000 Mann zu unterhalten. Die Erfahrungen der letzten 18 Monate hätten den Beweis geliefert, daß 100000 Mann nicht genügen. Zur Bekämpfung der Unruhen im März 1919 seien 45000 Mann notwendig gewesen, zur Niedersetzung der Sowjets in München im April 1919 33000 Mann, zur Bekämpfung der Unruhen in Hamburg im Juli 1919 19000 Mann und im letzten Frühjahr seien im Ruhrgebiet 40000 Mann tätig gewesen. Mit 100000 Mann müsse man große Teile deutschen Gebietes ohne Schutz lassen. Auch die Entlassung von 50000 Soldaten bedeute eine Gefahr, da die Entlassenen meist zu extremen Parteien übergehen. Ohne ein Heer, das fähig sei, die Ordnung aufrecht zu erhalten, sei die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland auf dem Gebiete des Wiederaufbaues unmöglich. Reichswehrminister Gehler betonte übrigens noch, daß nicht nur Lloyd George und Churchill, sondern auch kompetente Franzosen die Anstrengungen anerkannt hätten, die Deutschland mache, um zu einer Entwaffnung zu gelangen. Er habe die Ueberzeugung, daß nach gewissenhafter Prüfung der Lage Deutschland nicht mehr eines schlechten Willens bezichtigt werde.

#### Die erste Versammlung des Völkerbundes.

Paris, 27. Juni. Nach einer Sanosmeldung aus Washington haben die Alliierten von Wilson verlangt, er solle die erste Versammlung des Völkerbundes einberufen. Man erkläre jedoch in Washington in offiziellen Kreisen, daß die Einladung nicht sofort erfolgen werde, da man noch nicht über den Zeitpunkt und den Ort der Tagung einig sei. Die einen wünschden eine Tagung in Genf, die anderen empfehlen Brüssel.

#### Der Friedensschluß mit der Türkei.

Paris, 28. Juni. Die türkische Friedensdelegation hat gestern nachmittag der Friedenskonferenz ein längeres Memorandum überreicht. Die Antwort selbst wird in einigen Tagen übergeben.

#### Die Steuerkränche in Frankreich.

Paris, 28. Juni. Das Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret betr. die neuen Steuern, die 8 1/2 Milliarden einbringen sollen.

#### Rücktritt der ungarischen Regierung.

Budapest, 28. Juni. In der Nationalversammlung teilte gestern Justizminister Ferdinand mit, daß die Regierung gegen den Vizepräsidenten des Obersten Staatsgerichtshofes, Dr. Stephan Strauß, die Einleitung einer strafgerichtlichen Untersuchung wegen seines aufreigenden Verhaltens während der Proletarierdiktatur angeordnet hat. Strauß sei verhaftet worden. — Wie die Blätter melden, wird die Regierung morgen der Nationalversammlung ihren Rücktritt zur Kenntnis bringen.

#### Sieg der Schweizer Mannschaft im Länderwettbewerb.

Bern, 28. Juni. Gestern fand in Zürich das Fußball-Länderwettbewerb Deutschland-Schweiz statt. Die deutsche Mannschaft setzte sich aus Spielern verschiedener Vereinigungen aus ganz Deutschland zusammen, während sich auf Schweizer Seite nur deutschschweizerische Spieler befanden. Zwei Spieler der französischen Schweiz mußten entgegen dem ursprünglichen Plan ersetzt werden. Die Schweizer Mannschaft erzielte einen Sieg 4:1.

#### Wasche das Haar

regelmäßig mit einem gut Haarwaschmittel, diese Methode wird von jedem Spezialisten für Haarpflege als unbedingt die Beste bezeichnet. Die Vorzüge eines guten Schampuns sind u. a., daß das Haar nach dem Waschen schön rein, voll- und schuppenfrei ist. Die Hauptsache aber, daß der Haarhoden desinfiziert, die Tätigkeit der Kopfhaut angeregt und das Wachsen der Haare gefördert wird, dazu ist ein Mittel nötig, welches diese Wirksamkeit auch garantiert besitzt, wie z. B. der echte Panamateer. Diesen echten Panamateer enthält von allen Schampuns allein nur das seit 1906 millionenfach bewährte Herzzilien-Schampon, deshalb ist dieses Herzzilien-Schampon in Qualität einzig. Nur muß man beim Einkauf auf die Schutzmarke „Herz mit Lilie“ achten und Nachahmungen zurückweisen.

49 m



**Ämtliche Bekanntmachungen.**

**Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.**  
In Bendorf Oberamt Herrenberg ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. In den 10 Kilometer-Umkreis fallen vom Bezirk Nagold die Gemeinden Heilsbrunn und Nagold. 2953

Nagold, 26. Juni 1920. Oberamt: Müna.

**Schweinemärkte in Hatterbach und Nagold.**  
Die Abhaltung der am 1. bzw. 5. Juli in Hatterbach und Nagold fälligen Schweinemärkte wird wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche in Baisingen Oberamt Forth und in Bendorf Oberamt Herrenberg verboten. 2954

Nagold, den 26. Juni 1920. Oberamt: Müna.

**Versammlung über Milchpreis.**  
Nach Rücksprache mit dem Ausschuss des landwirtschaftl. Bezirksvereins lade ich die Gemeinderäte des Bezirks sowie Vertreter der Erzeuger und Verbraucher hiermit auf nächsten Dienstag, den 29. ds. Mts. vorm. 8 Uhr auf das Rathaus in Nagold zu einer öffentlichen Besprechung darüber ein, ob die vom Ernährungsministerium jüngst veröffentlichten Milchpreise für den hiesigen Bezirk nicht wesentlich ermäßigt werden sollten. Vorge schlagen wird, ab 1. Juli den Milchpreis für das Liter auf 1 M frei Sammelstelle einschließlich Bringlohn festzusetzen, also um 25 % zu ermäßigen. 2955

Sollten nicht der ganze Gemeinderat erscheinen will, was nicht notwendig ist, wird ersucht, dem abzuführenden Vertreter der Gemeinde Vollmacht durch den Gemeinderat auszustellen. Nagold, den 26. Juni 1920. Oberamt: Müna.

**Rotfeldern.**

**Sammeln von Beeren**  
Das Sammeln von Beeren auf hiesiger Markung ist für Auswärtige verboten. 2948  
Gemeinderat.

**Walddorf Oberamt Nagold.**

**Farrenkauf.**  
Die hiesige Gemeinde sucht einen 12 bis 15 Monate alten **Zuchtfarren** zu kaufen. Angebote werden erbeten. 2951  
Schulth.-Amt: Reutlinger.

**Landwirtschaftl. Bezirksverein Nagold.**

Bestellungen auf 8-12 Wochen alt: 2962  
**Ferkel**  
zum Einstellen um einen billigeren Preis als denjenigen der anfälligen Händler wollen sofort bei mir gemacht werden. Die Tiere sind geimpft und einer zehntägigen Quarantäne unterzogen. Eshausen, 26. 6. 20. Vorsitzender: Kleiner.

**Entlaufen**

ist seit am Donnerstag mein **Riesen-Schnauzer** (Salz u. Pfeffer) auf den Rufnamen Peter gehend. Der jetzige Besitzer wird gebeten, denselben gegen Belohnung abzugeben bei **Philipp Weimer, Bendorf O.A. Herrenberg.** Vor Ankauf wird gewarnt.

**Verloren**

am Sonntag bei einem Spaziergang überm Lemberg eine **Briefmappe** mit Inhalt von Geld. Der ehef. Finder wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung an die Geschäftsstelle d. Bl. abzugeben. 2970

**Mädchen**

Ein ordentliches nicht unter 18 Jahren auf 1. Juli gesucht. **Frau Fortenbacher, l. Engel.** 2960

**Heuschnecken-Verkauf.**

Der Unterzeichnete verkauft seine Heuschnecken 8/7 m lang mit eingebautem Stall. **Otto Seintel** Landwirt 2967 in Egenhausen.

**Vorschriftsmäßige Postscheck-Briefhüllen**

mit Aufschrift liefert die Buchdruckerei von **G. W. Zaiser, Nagold.**

Nagold. **Die städtischen Kanzleien** sind morgen - Dienstag, Peter und Paul-Feiertag - geschlossen. 2971

Den 28. Juni 1920. Städt.-Amt: In Betr. Steeb.

Nagold. Für die warme Jahreszeit empfehle: **leichte Stoffe für Kleider u. Blusen, Waschblusen für Knaben, sehr schöne weiße Damenblusen, Sommer-Unterröcke, Untertaillen, Kleiderzeugle in guten Qualitäten, Schürzenzeugle** insbesondere auch für Ärmelschürzen geeignet. **Chr. Schwarz** 2958 Bahnhofstr.

**Wohnungsveränderung und Geschäfts-Empfehlung.**

Zeige meiner werten Kundschaft und einem verehrten Publikum ergebenst an, daß ich meine Wohnung mit Geschäft in das von mir käuflich erworbene, früher Privatier Knodel gehörige in der Bahnhofstraße gelegene Wohnhaus verlegt habe. Für das mir in meinem bisherigen Wohnsitz in der Waldachstraße erwiesene Vertrauen bestens dankend, bitte ich, dasselbe mir auch fernerhin bewahren zu wollen. Hochachtend **Johs. Werner** Maschinengeschäft Bahnhofstraße.

**Gelegenheitskauf.**

2 kristall. fac. Spiegel Größe 152+36 mit Rahmen, auch für Spiegelrahmen passend. 1 gewöhnl. Spiegel Größe 54/110 mit Goldrahmen 1 große Waschmaschine für Privat oder Wirtschaft. **Verschiedene Gartenmöbel** sowie 3 runde, harthölzerne pol. Tische, 1 Kommode. Offerten unter Nr. 2947 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Tabakfabrikate**

von Arnold Köninger, Ansburg sind wieder am Lager des **Gustav Heller, Nagold.**

**Suche**

sofort einen älteren, soliden und verlässlichen 2969

**Pferdeknecht**

Kost und Logis im Hause. **Schlenderer, Unterreichenbach O.A. Gaim.**

**Papp-Schachteln**

in verschiedenen Größen vorräthig bei **G. W. Zaiser** Buchhandlung Nagold.

**Pilgerstab.**

Morgen- u. Abendandachten für das ganze Jahr mit Berücksichtigung der hauptsächlichsten Feiertage und Trauertage des Hauses von **Heinrich Spengler** geb. M. 25.20. Vorräthig bei **G. W. Zaiser** Buchhandlung :: Nagold. 2968

**Verkauf**

1,5 1919er weiße Lauf-Enten. **S. Gutekunst, Rülz.**

**Wagen**

Einem Herren Kuh-2921 hat zu verkaufen oder gegen einen leichten Wagen zu vertauschen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Bl.

Am Dienstag, den 29. Juni (Peter und Paul bürg. Feiertag) sind unsere 2961

**Geschäftsräume geschlossen.**  
Oberamtspflege. Oberamtsparkasse. Gewerbebank Bezirksfürsorgestelle. e. G. m. b. H.

**Warnung!**  
Denjenigen, der das über mich bisher unwahre Gerücht weiter verbreitet, werde ich unnachlässiglich gerichtlich belangen. **Martin Bürkle,** Zimmermeister. 2964

Die **Herrenberger Delmühle** ist bis zur neuen Ernte noch jeden Dienstag und Mittwoch im Betrieb. 2966

Einfach und doppeltbreit **rot Bettbarchent,** gute Qualität, das Meter von Mf. 32.— an, **Bettfedern** in allen Preislagen, das Pfd. von Mf. 22.— an, **Hemdenflanelle** von Mf. 12.— an per Meter empfiehlt **Chr. Schwarz** Nagold, Bahnhofstr. 2959

Wegen Vornahme der Inventur bleibt der Laden von Montag Nachmittag bis Mittwoch 30. Juni einschl. **geschlossen.** Anzeigen für den „Gesellschafter“ wollen in den Briefkasten an der Haustüre eingeworfen werden. **Buchhandlung und Buchdruckerei G. W. Zaiser, Nagold** Verlag „Der Gesellschafter“.

Die hier erscheinende Kundenzahlung von 1. Juli 1920/21, sowie die Zahlung von 10% aller Rückstellungen bzw. Vorauszahlungen und 10% aller Jahresabläufe nach doppelter Buchführung an einem Tag mit jedem Monatsende. **Karl Hecht** Hecht-Verlag und Buchdruckerei Stuttgart-Gablenberg.

**Unentbehrlich** für jedermann ist das soeben erschienene **Meyers Handlexikon** 7. Auflage, mit 1616 Wortabildungen, 65 Karten und 100000 Verstele. Ein Band in Seinen gebunden. Das Werk bringt in kurzer, prägnanter Form alles Wissenswerte über die Gegenwart der Welt und die Fragen der Gegenwart. In beliebiger Zahl die Buchabteilung: **G. W. Zaiser, Nagold.**

